

Avanti²

Theoriebeilage
Am Rande des
Abgrunds

ISO Rhein-Neckar

12 €

Mindestlohn?

15 €

jetzt!

INHALT

TITEL

01 MINDESTLOHN 12 EURO
Oder doch etwas mehr?

EDITORIAL / INHALT / WOHNEN

02 MIETENDEMO
Gegen Wohnungsnot

MINDESTLOHN

03 MINDESTLOHN 12 EURO
Oder doch etwas mehr?

#ZEROCOVID

04 CORONA
Und alles wird gut ...

BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

05 BR-MOBGING I
BR im Visier?

06 BR-MOBGING II
Grundrechte verteidigen

EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,
die Bildung einer „Ampel-Koalition“ im Bund scheint nur noch eine Frage der Zeit zu sein.

Alles das, was bisher aus den „Sondierungen“ bekannt geworden ist, deutet auf eine Fortsetzung der GroKo-Politik mit anderen Farbtönen hin. Die Interessen der herrschenden Klasse werden auch für die neue Bundesregierung das Maß aller Dinge sein.

Umso mehr gilt es, die großen und die kleinen Angriffe des Kapitals zu verstehen und den Widerstand dagegen zu stärken.

Armut, Corona, Betriebsratsmobbing, BR-Wahlen 2022, Großkraftwerk Mannheim, Mieten, Mindestlohn, Konzert Bernd Köhler und Schichtarbeit – all' diese Themen warten in der vorliegenden Nummer auf Eure kritische Lektüre.

In der Theoriebeilage befassen wir uns erneut mit der drohenden Klimakatastrophe.

Wir freuen uns auf Eure Rückmeldungen zur November-Ausgabe von *Avanti?*.

Passt auf Euch auf und bleibt gesund!

Eure Redaktion

INHALT

BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

07 BR-WAHLEN
Was tun?

08 SCHICHTARBEIT
Ein Gespräch
KULTUR

10 HALT-LOS
Kein kulturelles Ereignis?

POLITISCHE BILDUNG / ISO

11 ARMUT
Schattenseite des Reichtums
RÜCKBLENDE / TERMINE

12 1921
100 Jahre GKM und nun?

THEORIEBEILAGE

01 KLIMA
Am Rande des Abgrunds

Demo in der Neckarstadt „Deine Miete – Ihre Profite!“

E. B.

Am Samstag, den 30. Oktober 2021, demonstrierten trotz kühlen Regenwetters rund 150 Menschen lautstark für bezahlbare Mieten und gegen die Immobilienspekulation im Stadtteil. Bei der Auftaktkundgebung kritisierte Karlheinz Paskuda für den Mieterverein die Verantwortlichen für die wachsende Wohnungsnot. Aus Platzgründen können wir im Folgenden leider nur einen Ausschnitt seiner mit viel Beifall bedachten Rede dokumentieren.

Das Hans-Böckler-Institut stellte fest: In Mannheim fehlen 21.000 preiswerte Wohnungen. Das ist die dramatische Zuspitzung der selbstverschuldeten Wohnungsnot in dieser Stadt.

Noch vor wenigen Jahren behaupteten der OB und sein damaliger Baudezernent, es gäbe einen „ausgeglichenen“ Wohnungsmarkt im unteren und mittleren Segment. Und wir bräuchten nur viele höherwertige Wohnungen, um reichere Menschen nach Mannheim zu locken. Wir als Mieterverein warnten damals schon vor den Folgen dieser Fehleinschätzung.

Und die Stadtverwaltung lernt nicht dazu. Im Oktober 2021 stand auf der Seite der Stadt Mannheim in einem Text des jetzigen Baudezernenten, wir hätten in Mannheim noch ein „moderates Mietniveau“. Wohnungssuchende werden bei solchen Aussagen verzweifeln ...

Bereits vor Jahren hatte das Hans-Böckler-Institut festgestellt, dass Mannheim nicht absolut, aber im Verhältnis von Einkommen der Bevölkerung zur Miete die siebtteuerste Stadt in Deutschland ist!

Das erwähne ich hier, weil es bedeutet, dass jene Menschen mit geringem bis mittlerem Einkommen, die aus dem Jungbusch oder der Neckarstadt verdrängt werden, stadtweit kaum eine Chance haben, eine für sie bezahlbare Wohnung zu finden.

Und diese Verdrängung, [...] findet in beiden Stadtteilen statt. So kaufte allein ein örtlicher kleiner Immobilienhai in wenigen Jahren in diesen Stadtteilen ca. 70 Häuser, also mindestens 700 Wohnungen, auf. Er renoviert frei werdende Wohnungen und meint dann, „gerechterweise“ 12 bis 15 Euro Kaltmiete verlangen zu dürfen, zu müssen. Die Mieten der Altmieten zieht er hoch bis auf den

jeweiligen Mietspiegel.

Was bundesweit nur Kopfschütteln hervorruft, ist die Tatsache, dass er diese Aufkäufe in einer institutionellen Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung erledigt. [...]



Mindestlohn 12 Euro: Oder doch etwas mehr?

U. D.

Laut Bundesministerium für Arbeit und Soziales würden rund 10 Millionen Menschen von einem Mindestlohn von 12 Euro profitieren. Das bedeutet, rund 30 % der „Kernerwerbstätigen“ erhalten mit weniger als 12 Euro in der Stunde einen Armutslohn. Dies ist ein Skandal und wirft zugleich ein grelles Licht auf die realen sozialen Verhältnisse.

Der Paritätische Armutsbericht 2020 gibt für Deutschland die erschreckende Zahl von 13,9 Mio. Armen an. Armut beginnt dabei nicht erst mit Obdachlosigkeit und Hunger, sondern wenn Menschen über so wenig Geld verfügen, dass sie „von der Lebensweise ausgeschlossen sind, die in dem Mitgliedstaat, in dem sie leben, als Minimum annehmbar ist“ (Bericht der Europäischen Kommission von 1983). Das ist dann der Fall, wenn sie über weniger als 60 Prozent des mittleren Nettoeinkommens verfügen. Daraus hat der Bericht Armutsschwellen abgeleitet. Zum Beispiel für Alleinstehende 1074 Euro, für Paare ohne Kinder 1611 Euro, für Paare mit zwei Kindern unter 14 Jahren 2256 Euro.

Niedriglöhne erzeugen Armut

2019 gab es rund 34,3 Mio. „Kernerwerbstätige“, die abhängig beschäftigt waren. Davon 7,3 Mio. in einem atypischen Beschäftigungsverhältnis. Die Mehrheit davon arbeitet für Bruttomonatslöhne unterhalb der Armutsschwelle. Aber auch viele Beschäftigte mit Vollzeitverträgen sind von Armutslöhnen betroffen. Zum Beispiel im Frisörgewerbe, in der Gastronomie, in der Logistik oder in der Gebäudereinigung.

Armut betrifft also nicht nur Arbeitslose und Kranke. Im Gegenteil, ca. 33 % der Armen sind erwerbstätig, ca. 30 % in Rente. Allein 2018 bezogen rund 1,1 Mio. lohnarbeitende Menschen Hartz-IV-Leistungen. Schließlich führen niedrige Löhne zu niedrigen Sozialleistungen bei Krankheit und Arbeitslosigkeit und zu einer niedrigen Rente.

Neoliberalismus verschärft Armut

Die neoliberale Deregulierung hat zu Gesetzesänderungen geführt, die Umstrukturierungen und Aufspaltungen von Unternehmen vereinfacht haben. Gleichzeitig haben sie einen umfangreichen Dienstleistungs- und Niedriglohnsektor ermöglicht.

Die unter der SPD/Grünen-Regierung verabschiedeten Hartz-Gesetze zwangen Menschen massiv in Niedriglohnjobs und ermöglichten mittels Aufstockung Löhne unterhalb des Existenzminimums. Erst dies machte die Auslagerung von Diensten wie z. B. Küche, Logistik, Instandhaltung und Pforte möglich und profitabel.

Diese Entwicklung hat nicht nur die Konzentration von Reichtum und Macht, sondern auch das Armutsrisiko der abhängig Beschäftigten vergrößert. Mit „Transferzahlungen“ wie ALG I, ALG II, Grundrente oder Mindestlohn wird versucht, das sozialpolitische Pulverfass unter Kontrolle zu halten.

Statt 12 Euro in Stufen - 15 Euro sofort

Angesichts der aktuellen Preis-Steigerung bei Mieten, Energie und Nahrung sind die oben genannten Armutsschwellen und ein

Mindestlohn von 12 Euro zu niedrig. Wer alleinstehend und kinderlos ist, erhält mit einem Mindestlohn von 12 Euro bei einer 40-Stundenwoche 2088 Euro Brutto und 1485 Euro Netto. Nach 45 Arbeitsjahren ohne Krankheit und Arbeitslosigkeit bestünde lediglich ein Anspruch auf eine Bruttorente von ca. 930 Euro.

Um mit der Rente die vom Paritätischen angenommene Armutsschwelle zu erreichen, bräuchte es eine Bruttorente von 1215 Euro. Diese wäre erst mit einem Stundenlohn von 15,70 Euro erreichbar. Deswegen ist als erster Schritt eine sofortige Anhebung des Mindestlohns auf 15 Euro notwendig.

Unsere Antwort

Kapitalismus ist unsozial und ungerecht. Daran ändert auch ein gesetzlicher Mindestlohn nichts. Wir kämpfen dennoch für einen Mindestlohn, weil er für Millionen Menschen eine unmittelbare Verbesserung ihrer Lebenslage bedeuten kann.

Damit der Mindestlohn tatsächlich aus der Armutsfalle führt, muss er mit ergänzenden Regelungen verbunden werden:

- Die Zahlung des Mindestlohns muss durch Betriebsräte – sofern vorhanden - oder durch gewerkschaftliche Komitees überprüft werden.
- Der Mindestlohn darf weder mit Mehrarbeit noch mit anderen Leistungen verrechnet werden.
- Mietkosten sowie Nahrungs- und Energiepreise müssen gedeckelt werden.
- Der Mindestlohn wird entsprechend der Preissteigerung automatisch erhöht.

„Es rettet uns kein höh'eres Wesen ...“ – diese Textstelle aus dem Lied „Die Internationale“ vermittelt eine zentrale Klassenkampf-erfahrung. Diese gilt es wieder zu beleben. Vertrauen wir deshalb nur auf unsere eigene Kraft. ■



Demo gegen Agenda 2010 in Mannheim, 20. Oktober 2010. Foto: B. Straube.

Corona: Alles wird gut?

N. B.

**„Die Pandemie ist besiegt, wir können wieder dem normalen Leben nachgehen“.
Diesen Eindruck erzeugt die aktuelle Berichterstattung der etablierten Medien.**

Fast im gleichen Atemzug wird die Inzidenz genannt. Sie liegt neuerdings wieder bei über 100 Neuinfizierten pro 100.000 Einwohner*innen, direkt gefolgt von einer zweistelligen Zahl von Toten innerhalb des jeweils vergangenen Tages. Der offensichtliche Widerspruch zwischen diesen eindeutigen Zahlen und der verharmlosenden Bewertung der Situation scheint nicht der Rede wert zu sein.

Ich mach mir die Welt ...

Wie ist eine solche Irreführung möglich? Sicherlich sind wir alle der Pandemie müde. Nachdem die Regierungen der BRD und der meisten kapitalistischen Staaten der Pandemie zu keinem Zeitpunkt konsequent, planvoll und effizient entgegengetreten sind, scheint die Situation fast ausweglos zu sein.

Gleichzeitig ist der Wunsch nach einem Leben ohne pandemiebedingte Einschränkungen groß. Deswegen will man uns nun glauben machen, man könne die Zusammenhänge einfach umdrehen: Wenn wir nicht mehr in der Pandemie leben wollen, müssen wir eben einfach aufhören, uns zu verhalten, wie es in einer Pandemie geraten ist. Pippi Langstrumpf lässt grüßen: *Ich mach mir die Welt – widdewidde, wie sie mir gefällt.*

In Ländern wie Britannien wird derzeit gerade deutlich, welche fatalen Folgen die Erklärung des Endes der Pandemie entgegen aller Fakten hat. Eine hohe Impfquote und der starke Wunsch nach dem Ende der Pandemie allein sind dabei offensichtlich nicht ausreichend.

Die (irreführende) Kraft der Zahlen

Beharrlich werden wir mit zwei unterschiedlichen Zahlen gefüttert, die eine einfache Interpretation der Zusammenhänge nahelegen: Auf der einen Seite die Infektions- und Sterberaten, auf der anderen Seite die Impfquote. So wird wieder bestärkt, was seit mindestens einem Jahr beharrlich wiederholt wird: Wir sollen glauben, dass das einzig wirksame Mittel gegen die Pandemie die Impfung sei. Da (in der Theorie) mittlerweile in Deutschland fast alle Menschen Zugang zu einer Impfung hätten, wird die

Verantwortung für die Entwicklung der Pandemie auf diejenigen abgewälzt, die sich nicht impfen lassen. Geimpfte können sich somit in Sicherheit wähnen, auch wenn eine steigende Zahl von Infektionen und sogar schweren Verläufen bei geimpften Personen das Gegenteil beweisen.

Aktionsplan für Gesundheitsschutz

Regierung und Konzerne reden sich so fein aus der Verantwortung. Indem die Schuld an steigenden Infektionszahlen den „unvernünftigen“ Nicht-Geimpften zugeschoben wird, wird die Verantwortung für die eigene Gesundheit auf das Individuum abgewälzt. Was jedoch fehlt, ist ein effektiver Gesundheitsschutz in allen gesellschaftlichen Bereichen.

Eine sinnvoll geplante Strategie für einen solidarischen Weg aus der Krise kann nur in einem demokratisch entwickelten Aktionsplan herausgearbeitet werden. Insbesondere ist der Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz in den Mittelpunkt zu stellen. Zudem muss die Überwindung der schreienden globalen Ungleichheit im Gesundheitsschutz durch die Freigabe von Patenten auf Impfstoffe ermöglicht werden.

In der Pandemie erleben wir jeden Tag, wie zerstörerisch ein neoliberales Gesundheitssystem auf die Menschen wirkt. Denn dort stehen anstatt der Menschen die Profite im Zentrum. Wir sollten die Pandemie also auch zum Ausgangspunkt nehmen, für eine wirksame Gesundheitsversorgung einzutreten. Sie hat die Gesundheitsprävention und -förderung in den Mittelpunkt zu stellen und ist an den Bedürfnissen der Menschen auszurichten. Gesundheit ist keine Ware.

Gegen Covidleugnung und Faschismus

Nur so können wir der kapitalorientierten Politik und den erstarkenden faschistischen Kräften ernsthaft etwas entgegensetzen. Gelingt uns das nicht, nimmt die Gefahr durch dieses Lager immer weiter zu. Es beeinflusst in der aktuellen Krise mit Erfolg zunehmend Teile des bürgerlichen und sogar des linken Spektrums. Seine Aggressivität ist besorgniserregend. Die faschistische Gewalt gegen emanzipatorische Einrichtungen und gegen zu Feinden abgestempelte Menschen nimmt bedrohlich zu.

Eine solidarische Bewegung gegen die Pandemiepolitik der Herrschenden ist umso dringlicher. ■



Kundgebung „Solidarität in Zeiten der Pandemie“ in Mannheim, 10. April 2021.

Foto: helmut-roos@web.de.

„Grundrechte verteidigen!“

8. bundesweite Konferenz „Betriebsräte im Visier“

P. M.

Am Samstag, den 16.10.2021, fand in Mannheim die 8. bundesweite Konferenz „Betriebsräte im Visier – Bossing, Mobbing & Co.“ statt. Aufgrund der strikten Einhaltung der geltenden Gesundheitsschutzregeln war das Platzangebot im großen Saal des Gewerkschaftshauses zahlenmäßig begrenzt. Es konnten dennoch rund siebzig Menschen aus verschiedenen Branchen und Regionen teilnehmen.

Zahlreiche Firmenleitungen und ihre professionellen Helfershelfer nutzen die „Corona-Krise“ skrupellos aus. Sie gehen mit „Verdachtskündigungen“ und der Zersetzung des beruflichen und privaten Umfeldes gegen engagierte Betriebs- und Personalräte sowie Mitarbeitervertretungen vor. In der Folge kommt es bei Betroffenen sehr oft zu schweren depressiven Erkrankungen und sogar zu Selbsttötungsversuchen. Zudem verursachen die illegalen Mobbing-Attacken in der Regel existenzbedrohende finanzielle und familiäre Probleme.

Nach wie vor werden in der Öffentlichkeit diese Machenschaften jedoch kaum wahrgenommen.

Im Mittelpunkt der diesjährigen Tagung standen Strategien zur erfolgreichen Verteidigung und Durchsetzung der Grundrechte in der Arbeitswelt.

Thomas Hahl (1. Bevollmächtigter der IG Metall Mannheim) unterstrich in seinem Grußwort die Bedeutung einer strukturierten Gegenwehr. Die IGM unterstütze auch zukünftig die wichtige Arbeit des Komitees „Solidarität gegen BR-Mobbing!“.

Miriam Walkowiak (DGB Baden-Württemberg) erläuterte die Position des gewerkschaftlichen Dachverbandes. Der DGB kritisiere die Bagatellisierung der „menschenunwürdigen juristischen und persönlichen Angriffe“ auf Belegschaftsvertretungen.

Carl-Friedrich Bossert und Inga Neumann (IGM-Vorstand Frankfurt) sprachen zum Thema „BR-Mitglieder schützen, aber wie?“. Als größte Einzelgewerkschaft im DGB ist die IG Metall Vorreiterin bei der Abwehr von BR-Mobbing und Gewerkschaftsbekämpfung.

Alexander Mohrlang (ebenfalls IGM-Vorstand Frankfurt) setzte sich mit der Frage „Hilft Selbstorganisation im Betrieb?“ auseinander. Wirksame Antworten auf BR-Mobbing und Gewerkschaftsbekämpfung müssten nicht nur betrieblich, sondern auch gesellschaftspolitisch gegeben werden.

Andreas Köppe (IGM Nordhessen) und Raphael Reinstein-Wagner (IGM-Vertrauenskörperleitung der Firma Wikus) informierten über den beispielhaften Kampf für die Durchführung von Betriebsratswahlen bei dem nordhessischen Unternehmen.

„Vom ‚Einzelfall‘ zur strategischen Gegenwehr?“ lautete die Fragestellung für ein Podium mit vier Vertreterinnen und Vertretern des bundesweiten Netzwerks gegen BR-Mobbing. Sie berichteten über Erfolge ihrer Arbeit und loteten Möglichkeiten eines noch besseren gemeinsamen Eingreifens aus.

In den Plenumsdiskussionen kamen nicht nur neue erschreckende Fälle der Bekämpfung von Betriebsräten und gewerk-

schaftlich Aktiven zu Sprache, sondern ermutigende Beispiele einer erfolgreichen Abwehr solcher Angriffe.

In der Entschließung der Konferenz heißt es, dass gerade im Vorfeld der im Frühjahr 2022 anstehenden Betriebsratswahlen dem Treiben der BR-Mobber „entschlossen Einhalt zu gebieten“ sei. „Politik, Medien und Justiz“ werden aufgefordert, „endlich ihr in der Regel praktiziertes Ignorieren von BR-Mobbing und Gewerkschaftsbekämpfung zu beenden“. Die zunehmend aggressivere Durchsetzung eines „Recht des Stärkeren“ in der Arbeitswelt sei unakzeptabel.

Organisiert wurde die von den Teilnehmenden sehr positiv bewertete Tagung vom Komitee „Solidarität gegen BR-Mobbing!“ in Kooperation mit IG Metall Mannheim sowie AKU-WILL Oberhausen, DGB Baden-Württemberg, IG BCE Weinheim, OKG – „Organisieren-Kämpfen-Gewinnen“, Überbetrieblichem Solidaritätskomitee Rhein-Neckar, ver.di Rhein-Neckar und work-watch Köln.

Am 15. Oktober 2022 wird die 9. Bundeskonferenz „BR im Visier“ in Mannheim stattfinden.

Komitee „Solidarität gegen BR-Mobbing!“
Mannheim, den 17. Oktober 2021



Konferenz-Plenum in Mannheim, 16. Oktober 2021.

EntschlieÙung der 8. Bundeskonferenz „Betriebsräte im Visier“

Grundrechte verteidigen!

In Artikel 1 des Grundgesetzes heißt es: „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“

Manche Unternehmensleitungen missachten schamlos dieses zentrale Grundrecht. Sie und ihre skrupellosen Helfershelfer (Unrechtsanwälte, Beratungsfirmen und willfährige „Betriebsräte“) fühlen sich in Zeiten der Pandemie noch sicherer als sonst bei ihrem illegalen Tun.

Ohne jede Hemmung betreiben sie die Ausschaltung beziehungsweise Verhinderung von demokratisch gewählten betrieblichen Interessenvertretungen und von gewerkschaftlicher Organisation.

Die Folgen dieses schmutzigen Agierens gegen Betriebs- und Personalräte sowie gegen Mitarbeitervertretungen sind offensichtlich: gesundheitlich zerstörte Menschen, schwer geschädigte Familienangehörige, ruinierte berufliche Existenzen und nicht zuletzt eingeschüchterte Belegschaften.

Gerade im Vorfeld der im Frühjahr 2022 anstehenden Betriebsratswahlen gilt es diesem Treiben entschlossen Einhalt zu gebieten. Nicht wenige Kolleginnen und Kollegen trauen sich bereits heute nicht mehr, sich für ihre demokratischen Rechte einzusetzen.

Politik, Medien und Justiz sind aufgefordert, endlich ihr in der Regel praktiziertes Ignorieren von BR-Mobbing und Gewerkschaftsbekämpfung zu beenden. Das stillschweigende

Hinnehmen eines sich in der Arbeitswelt zunehmend aggressiver durchsetzenden „Recht des Stärkeren“ ist unakzeptabel.

Natürlich sind in diesem Zusammenhang vor allem die Gewerkschaften gefordert. IG Metall, ver.di und der DGB haben in sich mit entsprechenden Beschlüssen zum Kampf gegen diese Bedrohung bekannt.

Von BR-Mobbing Betroffene vermissen jedoch nicht selten eine konsequente und wirksame Unterstützung in ihrer oft dramatischen Lage. Das gilt es zu ändern. Insbesondere sind alle Betroffenen schnell, wirksam und umfassend zu unterstützen. Dazu braucht es nicht zuletzt bundesweit einsatzfähige Einsatzgruppen gegen BR-Mobbing.

Ohne aktive, betrieblich verankerte Gegenmacht ist die Abwehr von BR-Mobbing und Gewerkschaftsbekämpfung nicht möglich. Wir ermutigen deshalb alle Betroffenen, sich nicht nur in den Gewerkschaften lautstark bemerkbar zu machen, sondern ihre betriebliche Organisation und überbetriebliche Vernetzung zu stärken!

Nur gemeinsam sind wir stark!

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der
8. bundesweiten Konferenz „Betriebsräte im Visier“

Mannheim, den 16. Oktober 2021



Konferenz-Podium in Mannheim, 16. Oktober 2021.

Foto: helmut-roos@web.de.

„Die Betriebsratswahlen 2022 erfolgreich vorbereiten und durchführen“

Seminar der ISO Rhein-Neckar

Samstag, 13. November 2021, 13:00 – 18:00 Uhr

H. S.

Mit unserem Seminar wollen wir allen Interessierten Unterstützung für erfolgreiche Betriebsratswahlen im nächsten Jahr anbieten. Wie dieses Ziel erreicht werden kann, und mit wem es sich am ehesten umsetzen lässt, darüber wollen wir uns mit Euch in einem entspannten Rahmen austauschen.

Das Seminar richtet sich an Kolleginnen und Kollegen, die sich im betrieblichen und gewerkschaftlichen Umfeld für die konsequente Durchsetzung von Beschäftigteninteressen engagieren. Wir freuen uns also vor allem über die Teilnahme von aktiven gewerkschaftlichen Vertrauensleuten und BR-Mitgliedern.

Antworten auf wichtige Fragen

Mit unserem Seminar wollen wir Antworten finden auf folgende Fragen:

- Wie werden die Betriebsratswahlen richtig vorbereitet?
- Listenwahl oder Persönlichkeitswahl?
- Welche Variante ist besser?
- Was tun, wenn die Geschäftsleitung Einfluss auf die BR-Wahlen nimmt?
- Wie können die Betriebsratswahlen für eine Stärkung derjenigen genutzt werden, die sich schon bisher für die Interessen der Belegschaft eingesetzt haben?
- Welche Strategien gibt es, um bevorstehenden Angriffen der Geschäftsleitung wirkungsvoll zu begegnen?
- Was ist dabei zu beachten?

Das Seminar ist in folgende Teile untergliedert:

1. Chancen aktiver BR-Arbeit – Austausch über beispielhafte Erfahrungen.
2. Politische und organisatorische Vorbereitung der Wahlen.
3. Arbeitsgruppen zur Erarbeitung eines umsetzbaren Aktionsplans.
4. Fazit und Verabredungen.

Zur Bedeutung der Wahlen

Der Ausgang der Betriebsratswahlen 2022 ist nicht zu unterschätzen. Er entscheidet darüber, ob es in den nächsten Jahren gelingt, eine an den Interessen der Belegschaft ausgerichtete Betriebsratsarbeit zu ermöglichen. Ansonsten droht eine weitere Durchsetzung der profitorientierten Ziele von Geschäftsleitungen. ■

Unser Seminar findet in geeigneten Räumlichkeiten in Mannheim unter strikter Einhaltung der Corona-AHA-L-Regeln statt. Ein 3-G-Nachweis ist für die Teilnahme zwingend erforderlich.

Wir freuen uns auf Eure verbindlichen Anmeldungen – entweder direkt bei unseren Genoss*innen oder bei:

ISO Rhein-Neckar
Postfach 1026110
68026 Mannheim

Tel./Fax: +49 (0) 621 /429 481 54,

E-Mail: info@iso-4-rhein-neckar.de.



„Schichtarbeit gehört abgeschafft“ Interview mit einem Kollegen*

Die Belastungen durch Stress am Arbeitsplatz rücken auch das Thema Schichtarbeit wieder mehr ins Blickfeld betrieblicher Akteure. Seit vielen Jahren wird das Thema arbeitswissenschaftlich erforscht und die zumeist negativen Auswirkungen auf die betroffenen Menschen benannt.

Trotzdem ist eine positive Entwicklung zu weniger Schichtarbeit nicht zu erkennen, im Gegenteil. Spätschichten, Nacht- und Wochenendarbeit gehören für immer mehr Beschäftigte zum Alltag. Arbeiteten 1992 noch 15,5 Prozent der Beschäftigten abends zwischen 18 und 23 Uhr, so waren es 2016 bereits 25,2 Prozent. Der Anteil der Erwerbstätigen in Deutschland, die Schichtarbeit leisten, ist laut Eurostat (Statistikamt der Europäischen Union) zwischen 1992 bis 2016 von 11,5 auf 17,4 Prozent angewachsen.

Vor diesem Hintergrund haben wir Salvatore, einen Beschäftigten in der Chemiebranche und Vertrauensmann der IG BCE, zu seinen Erfahrungen mit Schichtarbeit befragt.

Seit wann arbeitest Du unter Schichtbedingungen?

Salvatore: Ich bin jetzt 53 Jahre alt und arbeite seit 1998 in der Firma, immer in Schichtarbeit und in verschiedenen Schichtmodellen. Schichtarbeit habe ich aber schon in meiner Jugend während meiner Ausbildung zum Stahlbauschlosser kennengelernt.

»Die Folgen sind Schlafstörungen, Magenprobleme, Gereiztheit im Umgang mit Menschen und die damit verbundene Einnahme von Medikamenten, um die gesundheitlichen Probleme unter Kontrolle zu halten.« Probleme unter Kontrolle zu halten.«

Wie sieht Deine Schichtarbeit derzeit aus?

Salvatore: Bei uns gibt es verschiedene Schichtmodelle. Neben der Normalarbeitszeit (hauptsächlich im Vertriebs- und Verwaltungsbereich) gibt es ein 2-Schichtmodell (Früh- und Spätschicht), ein 3-Schichtmodell (Früh-, Spät- und Nachtschicht) und ein 4-Schichtmodell (Früh-, Spät- und Nachtschicht), das aber feste Samstagarbeit und Sonntagsarbeit (ohne Mehrarbeitszulagen) an wechselnden freien Wochentagen umfasst. Zurzeit arbeite ich im 3-Schichtmodell, das aber bei hoher Auftragslage auch Samstagarbeit oder sogar Sonntagsarbeit (mit Mehrarbeitszulagen) beinhalten kann. Im Produktionsbereich gibt es bei uns so gut wie nur Schichtarbeit.

Wie bewertest Du die Schichtarbeit? Bringt sie für Dich einen Nutzen oder siehst Du sie eher kritisch?

Salvatore: Den Nutzen der Schichtarbeit sehe ich vor allem bei der Firma, die dadurch wegen des Durchlaufens der Maschinen und Anlagen höhere Profite erzielen kann. Das ist auch der einzige Grund, warum es bei uns Schichtarbeit gibt. Für mich selbst sehe ich die Schichtarbeit kritisch, da sie mit massiven Beeinträchtigungen für die Gesundheit und das Privatleben einhergeht.

Im Übrigen hatte ich bei meiner Einstellung keine Chance, um die Schichtarbeit herumzukommen. Hätte ich der Schichtarbeit nicht zugestimmt, wäre ich nicht eingestellt worden. Damals war ich auch jünger, da denkt man noch nicht ans Alter, und dass man nicht so leistungsfähig bleibt. Man sieht dann vor allem das Geld, das man in Form von Schichtzuschlägen erhält. Spätestens wenn man in die Jahre kommt, merkt man, dass die Geldzuschläge nicht die Beeinträchtigungen aufwiegen.

»Hätte ich der Schichtarbeit nicht zugestimmt, wäre ich nicht eingestellt worden. Damals war ich auch jünger, da denkt man noch nicht ans Alter, und dass man nicht so leistungsfähig bleibt.«

»Den Nutzen der Schichtarbeit sehe ich vor allem bei der Firma, die dadurch wegen des Durchlaufens der Maschinen und Anlagen höhere Profite erzielen kann.«

»Man sieht [...] vor allem das Geld, das man in Form von Schichtzuschlägen erhält. Spätestens wenn man in die Jahre kommt, merkt man, dass die Geldzuschläge nicht die Beeinträchtigungen aufwiegen.«

Welche Beeinträchtigungen meinst Du konkret?

Salvatore: Da sind die gesundheitlichen Probleme, die vor allem aus der Nacharbeit und dem Wechselrhythmus resultieren.

Die Folgen sind Schlafstörungen, Magenprobleme, Gereiztheit im Umgang mit Menschen und die damit verbundene Einnahme von Medikamenten, um die gesundheitlichen Probleme unter Kontrolle zu halten. Viele meiner Kollegen sind starke Raucher. Ich habe es zum Glück geschafft, davon wegzukommen.

Dazu kommt die soziale Isolation, die in der Spätschicht am stärksten ausgeprägt ist. Wenn andere Freizeit haben, musst du zur Arbeit gehen.

»Dazu kommt die soziale Isolation, die in der Spätschicht am stärksten ausgeprägt ist. Wenn andere Freizeit haben, musst du zur Arbeit gehen.«

Kulturelle Freizeitangebote kann man dadurch nur sehr begrenzt in Anspruch nehmen. Vereinsarbeit oder politische Arbeit zum Beispiel in Gewerkschaften oder Parteien ist auch nur eingeschränkt möglich. Dies schränkt die Teilhabe an demokratischen Prozessen in der Gesellschaft ein, was vielleicht auch das starke Abwandern von Schichtarbeiter*innen zur AfD wenigstens teilweise erklärt.

Auch innerhalb der Familie sieht man sich aufgrund der Schichtarbeit viel weniger, insbesondere dann, wenn auch die Frau arbeitet. Sehr viele meiner Kollegen auf Schicht sind geschieden.

Gibt es bei Euch betriebliche oder tarifvertragliche Regelungen, die einen Ausstieg aus der Schichtarbeit ermöglichen?

Salvatore: Da ist mir nichts bekannt. Wer einmal in der Schichtarbeit drin ist, kommt so schnell nicht mehr her-

»Wer einmal in der Schichtarbeit drin ist, kommt so schnell nicht mehr heraus.«

aus. Dadurch, dass bei uns die gesamte Produktion in Schichtarbeit ist, gibt es auch kaum Möglichkeiten, in die Normalarbeitszeit zu wechseln.

Das trifft selbst für gesundheitlich Angeschlagene und Schwerbehinderte zu. Die Firma beruft sich dann sehr oft darauf, dass leider kein adäquater Arbeitsplatz außerhalb der Schicht zur Verfügung steht. Oft genug müssen dann die betroffenen Kollegen in ihrem Schichtmodell bleiben oder sie müssen kündigen.

Was unternimmt Euer Betriebsrat, um gesündere Arbeit durchzusetzen?

Salvatore: Eigentlich ist es die Aufgabe des Betriebsrats, sich entsprechend

»Eigentlich ist es die Aufgabe des Betriebsrats sich [...] für Arbeitsbedingungen, die auch den arbeitswissenschaftlichen Erkenntnissen entsprechen, einzusetzen.«

dem Arbeitsschutzgesetz für Arbeitsbedingungen, die auch den arbeitswissenschaftlichen Erkenntnissen entsprechen, einzusetzen. Dazu gehört auch die Schichtarbeit. Leider habe ich nicht den Eindruck, dass sich unser Betriebsrat dieser Aufgabe wirklich stellt. Es gibt nur ein paar BR-Mitglieder, die sich ernsthaft bemühen, den Erfordernissen gerecht zu werden. Die alleine können sich aber nicht gegen die Geschäftsleitung oder gegen eine Betriebsratsmehrheit, die nicht bereit ist mehr zu tun, durchsetzen.

Was gibt es aus Deiner Sicht für Möglichkeiten oder Alternativen?

Salvatore: Genau genommen gehört die Schichtarbeit in Industriebetrieben abgeschafft. Das gilt vor allem für die gesundheitsschädliche Nacharbeit. Das lässt sich aber nicht so einfach durchsetzen. Aus meiner Sicht müssen insbesondere bei der gesetzlich vorgeschriebenen

»Genau genommen gehört die Schichtarbeit in Industriebetrieben abgeschafft. Das gilt vor allem für die besonders gesundheitsschädliche Nacharbeit.«

Gefährdungsanalyse sowohl der Betrieb als auch der Betriebsrat genauer hinschauen, wo auf Nacharbeit und überhaupt Schichtarbeit verzichtet werden kann. Die steigende Produktivität ermöglicht es, Produkte in immer kürzerer Zeit herzustellen. Die kürzere Herstellungszeit für die Produkte könnte dann zum Beispiel in eine kürzere tägliche Arbeitszeit für die Beschäftigten umgesetzt werden, welche die Gesundheit begünstigt und gleichzeitig mehr Raum für die Freizeitbetätigung lässt. Eine finanzielle Schlechterstellung darf dabei natürlich nicht erfolgen. ■

*[O. T. und S. T. stellten am 27. Oktober 2021 die Fragen. Der Name des Kollegen wurde sicherheits halber abgeändert.]

Bernd Köhler im Capitol

„... holen wir uns die Kultur zurück!“

H. N.

Einen phänomenalen Abend konnte erleben, wer sich am 12. Oktober 2021 ins Mannheimer Capitol begeben hatte. Bernd Köhlers Konzert zu seinem zweiten, jetzt neu erschienenen Liederbuch mit dem Titel *Halt LOS* (Der zweite Anlauf, Texte, Lieder und Geschichten, 1990 – 2020) hatte es in sich.

Der Mannheimer Liedermacher erinnert damit an die zurückliegenden drei Jahrzehnte: „1990 – 2020, das war die Zeit experimentell-künstlerischer Programme mit Hans Reffert in den 90ern gefolgt vom politisch-kulturellen Aufbruch zu Beginn des neuen Jahrtausends mit der Gründung von ewo² (Hans Reffert, Christiane Schmied und Laurent Leroi, später auch Jan Lindquist, Christl Marley und Joachim Romeis) und den Kämpfen um Alstom-Mannheim (Alstom-Chor) sowie der famosen Chanson-Ära zusammen mit Blandine Bonjour ...

Coronabedingt war das Konzert zweimal verschoben werden. Umso schöner, dass sich endlich am 12. Oktober – allen aktuellen Umständen zum Trotz – über 200 Menschen „die Kultur zurückholen“ konnten. Und wie gut das gelang!

Begeistertes Publikum

Es kamen die bedeutendsten Lieder des weit über die Grenzen unserer Stadt hinaus bekannten und geschätzten Künstlers aus jener Zeit zum Erklingen. Mit Bernd Köhler (Gesang, Gitarre) standen die großartigen ewo²-Musiker Laurent Leroi (Akkordeon) und Joachim Romeis (Geige) auf der Bühne sowie als wunderbare Verstärkung der Band Adax Dörsam (Gitarren) und Christiane Schmied (E-Gitarre und elektronische Instrumente).

Das begeisterte Publikum konnte sich außerdem an einem Wiedersehen und -hören mit der beeindruckenden französisch-deutschen Chansonsängerin Blandine Bonjour und dem als legendär bezeichneten Alstom-

Chor erfreuen. Er war von Bernd gegründet und 15 lange Jahre geleitet worden. Zudem rezitierten Margit Romeis und Monika-Margret Steeger in berührender Weise Texte aus *Nachrichten vom Untergrund* und *Halt LOS*.

Ermutung zum Widerstand

Der Spannungsbogen der im Capitol gespielten Musiktitel reichte von frühen Stücken Köhlers bis hin zu seinen neueren Werken. Lieder wie „Blauer Planet“ (1982/2015), „Unsere Chance – Résistance“ (2003), „SOS (in voller Fahrt)“ (2006) oder „Spürst Du“ (2015) thematisieren alles das, was uns bis heute bewegt. Sie ermutigen uns zu dem langandauernden Kampf um ein besseres, ein solidarisches Leben. Sie halten die Sehnsucht nach einer anderen Welt wach, die Armut, Ausbeutung, Entfremdung, Unterdrückung und Krieg überwunden hat.

Sie helfen uns gegen Resignation und Zynismus. Das ist umso wichtiger angesichts eines längst überholten und verkommenen Wirtschaftssystems, das scheinbar unaufhaltsam und unwiderruflich unsere natürlichen Lebensgrundlagen zu zerstören droht.

Kulturelles Ereignis

Der Konzertabend im Capitol war äußerst gelungen. Er ließ an künstlerischer Intensität und phantasievoller Spielfreude, an spürbarer Emotionalität, an großer thematischer Vielfalt und an – nicht nur im engeren Sinn – politisch klarer Aussage keine Wünsche offen.

Vielleicht erklärt sich aus letzterem auch die Ignoranz der Kulturredaktion der Tageszeitung *Mannheimer Morgen*. Das lokale Monopolblatt mit großer Verbreitung auch in der Region brachte es fertig, keine Zeile über dieses ihm sehr wohl bekannte kulturelle Ereignis zu berichten ...



Die Band ewo² mit Joachim Romeis, Christiane Schmied, Bernd Köhler, Laurent Leroi und Adax Dörsam.

ISO-Infoabend

„Kapitalismus erzeugt Armut – reichen 12 Euro Mindestlohn?“

K. S.

Die ISO Rhein-Neckar hatte am Freitag, den 22. Oktober 2021, zu einem weiteren hybriden Diskussionsabend eingeladen. Gegenstand war die soziale Spaltung im Land, die sich durch den neoliberalen Sozialabbau der vergangenen Dekade und die Corona-Krise weiter zuspitzt.

Reichtum ...

Der einleitende Vortrag warf ein Schlaglicht auf die extrem ungleichen Vermögensverhältnisse. In Deutschland besitzt das 1 Prozent der reichsten Deutschen mehr als 35 Prozent des Gesamtvermögens. An der Spitze der gesellschaftlichen Reichtums-Pyramide konzentriert sich nahezu das gesamte Betriebsvermögen des Landes.

Im Gegensatz dazu besitzen die unteren 10 Prozent der Bevölkerung, jene mit dem geringsten Vermögen, sogar ein „negatives Vermögen“, das heißt mehr Schulden als Vermögensbestände. Dieser Gegensatz lässt sich mit einem Blick auf die „Reichtumsuhr“ verdeutlichen (www.dgb.de/themen/). Sie zeigt anschaulich, wie die tiefe soziale Spaltung im Land rasend voranschreitet.

... und Armut

Auch mit Blick auf die Klimakrise spielt die bestehende soziale Ungleichheit in Zusammenhang mit der Abwälzung der ökologischen Folgekosten eine zentrale Rolle. Bei Preissteigerungen wie etwa bei Sprit, den Mieten und den Lebensmitteln werden die unteren Klassen weit empfindlicher getroffen als diejenigen, die sich neben Inlandsflügen gar einen Privatjet leisten können.

Aus globaler Perspektive spitzt sich das Drama der sozialen Ungleichheit noch weiter zu. Das reichste Prozent der Weltbevölkerung, also fast 63 Millionen Menschen, verursacht mehr als doppelt so viel CO₂-Treibhausgas wie die ärmere Hälfte der Menschheit, also 3,1 Milliarden Menschen. Aus dieser Perspektive ist Klimagerechtigkeit zugleich eine Frage globaler sozialer Gerechtigkeit.

Selbst im reichen Deutschland gilt ein Fünftel der Bevölkerung als arm, da sie 60 Prozent weniger als das mittlere Einkommen erhalten. Niedrige Renten, Verfall der

öffentlichen Infrastruktur, Kürzungen bei Sozialleistungen, Hartz IV und Niedriglöhne – all diese Faktoren verursachen bei einem beträchtlichen Teil der Menschen in Deutschland Armut. Auch der 2015 eingeführte Mindestlohn hilft, selbst bei einer Erhöhung auf 12 €, nicht weiter. Er ist und bleibt ein Armutslohn.

Wirksame Arbeitszeitverkürzung

Eine allgemeine, radikale Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich ist – gemessen am Stand der Produktivkräfte – ein zwingendes Erfordernis. Sie kann der institutionalisierten Armut und der durch Rationalisierung und Verlagerung erzeugten Arbeitslosigkeit entgegenwirken. Dies wäre ein prinzipieller „Sieg der politischen Ökonomie der Arbeit über die politische Ökonomie des Kapitals“, wie Marx es genannt hat (MEW 16, S. 11).

Es gilt einerseits zu bekämpfen, dass ein bestimmter Teil der arbeitenden Klasse im Hightech-Kapitalismus in eine gesetzlich festgelegte Zone der Armut – Hartz IV und Niedriglohn – abgedrängt wird. Und andererseits, dass die Profitmaximierung sich mit kontinuierlichen Abbauprozessen bis hin zu Betriebsschließungen und mit der Deindustrialisierung ganzer Regionen durchsetzt. Dadurch werden immer mehr auch die „sicheren“ Arbeitsplätze von „Stammbelegschaften“ bedroht.

Neben der konsequenten Umverteilung der vorhandenen Arbeit sollten deshalb Gewerkschaften für das Recht auf menschenwürdige Tätigkeiten für alle und das Verbot von Entlassungen eintreten.

Kampf um Würde

In der Diskussion kam zur Sprache, dass die Reichen und Supereichen in Deutschland ihr

Vermögen verbergen. Zugleich bleibt auch Armut in Deutschland häufig unsichtbar. Sie kommt vor allem im öffentlichen Bewusstsein als gesellschaftliches Problem kaum vor, obwohl die nackten Zahlen krasse soziale Gegensätze im Land aufzeigen.

Die Phrase von der „nivellierten Mittelschichtsgesellschaft“ dient noch immer als Deckmantel für eine enorme soziale Kluft.

Die Frage kam auf, wie kollektive Stärkung trotz Armut gelingen kann. Kann Mangel zu Formen der gegenseitigen Hilfe, der Fürsorge und einem Kampf um soziale Rechte führen? Wie können Strategien aussehen, die die Protest-Potenziale stärken und die Bekämpfung der Armut in den Widerstand gegen die kapitalistischen Klassenverhältnisse insgesamt einbeziehen?

Mit dem Aufbau einer starken sozialen und ökologischen Front können die oben skizzierten Antworten den Antikapitalismus in der arbeitenden Klasse stärken. ■



IGM-Aktionstag in Stuttgart, 29. Oktober 2021.

100 Jahre GKM Vor einem Ende mit Schrecken?

M. G.

Am 8. November 1921 wurde die Grosskraftwerk Mannheim AG (GKM) gegründet. Die Anlage in Rheinau ist aktuell der größte Energieerzeuger in Baden-Württemberg.

Das Steinkohlekraftwerk nutzt die Technik der Kraft-Wärme-Kopplung (KWK). Es erzeugt mit den drei Blöcken 6, 8 und 9 nicht nur Strom für rund 2,5 Millionen Menschen, sondern auch für Gewerbe und Industrie. Block 7 muss bis mindestens März 2025 als Systemreserve für das Stromnetz betriebsbereit gehalten werden. Für die Deutsche Bahn stellt das GKM rund 15 % des gesamten Bahnstroms in der Bundesrepublik zur Verfügung.

Zudem liefern die Anlagen Fernwärme für rund 120.000 Haushalte in der Rhein-Neckar-Region. Allein in Mannheim sind derzeit mehr als 60 % der Haushalte an das Fernwärmenetz angeschlossen. Es ist über 800 Kilometer lang und gehört zu den größten in Europa. Der 2015 in Betrieb genommene Block 9 erreicht durch die Wärmeerzeugung mittels KWK Brennstoffausnutzungsgrade von bis zu 70 %.

Die „Liberalisierung des Strommarktes“ in den 1990er Jahren in Deutschland hat einen massiven Abbau von Beschäftigung zur Folge gehabt. Statt der einst 1.600 Arbeits- und Ausbildungsplätze gibt es im GKM derzeit nur noch rund 550.

2038 soll das letzte Kohlekraftwerk in Deutschland vom Netz gehen. Die drei Eigentümer des GKM – RWE (40 %), EnBW (32 %) und MVV Energie (28 %) – gehen davon aus, dass das GKM spätestens 2033, wahrscheinlich aber schon 2030 abgeschaltet wird. Der Betriebsrat befürchtet, dass danach nur noch eine zweistellige

Zahl von Beschäftigten weiterarbeiten könne.

Zurecht kritisiert die Umweltbewegung schon lange die hohen Emissionen von Schadstoffen und Treibhausgasen durch das GKM. Es ist keine Frage, dass die Kohleverstromung schnellstmöglich eingestellt werden muss. Aber das wird nicht gut gehen, ohne dass die soziale Frage (Arbeit und Ausbildung), mit der ökologischen (Klimaschutz) und der technischen (Versorgungssicherheit bei Strom und Fernwärme) verknüpft wird.

Bezeichnenderweise gibt es bisher kein wirksames Konzept zur Lösung dieser Probleme – weder von Seiten der etablierten, prokapitalistischen Politik noch von Seiten des Unternehmens. Es ist die Aufgabe vor allem der zuständigen Gewerkschaft ver.di, des Betriebsrats und der Klimagerechtigkeitsbewegung, gemeinsam diesen Skandal nicht hinzunehmen und für Alternativen zu kämpfen. ■



ISO/IV. Internationale

Wer wir sind und was wir wollen

Die Internationale Sozialistische Organisation (ISO) ist Teil der 1938 gegründeten IV. Internationale. Sie ist in über 50 Ländern aktiv und hält grundlegende Probleme der Welt – Krieg, Umweltzerstörung, Arbeitslosigkeit, Armut und Hunger – im Rahmen der kapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung nicht für lösbar. Sie strebt eine selbstverwaltete sozialistische Demokratie an, die die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beendet. Deshalb fördert die ISO alle Bemühungen, aktiv und gemeinsam mit anderen politischen Strömungen für die sozialen Erregenschaften, demokratischen Rechte und wirtschaftlichen Interessen insbesondere der arbeitenden Klasse einzutreten. Sie unterstützt den Kampf gegen Rassismus, Frauenunterdrückung und jede Art von Diskriminierung. Sie setzt sich für den Erhalt der Umwelt ein. Sie fordert die politische, rechtliche und soziale Gleichstellung aller in der Bundesrepublik lebenden Menschen und die völlige Gleichstellung der Geschlechter. Ziel der ISO ist es, das Vertrauen der Menschen in ihre eigene Kraft zur radikalen Veränderung zu stärken. Der Schwerpunkt ihrer Aktivitäten liegt in den außerparlamentarischen Kämpfen. ■

TERMINE (weitere Infos bei der ISO Rhein-Neckar)

- DO, 04.11.2021, 15:00 Uhr, Hybrides Treffen des Überbetrieblichen Solikomitees*
- SO, 07.11.2021, 11:00 Uhr, Virtuelle Bildungsreihe der ISO
- SO, 07.11.2021, 13:00 Uhr, Herbstausflug der ISO Rhein-Neckar*
- SA, 13.11. 2021, 13:00 Uhr, ISO-Seminar zu BR-Wahlen 2022*
- DI, 16.11.2021, 19:00 Uhr, Viko #ZeroCovid Rhein-Neckar
- DO, 18.11.2021, 15:00 Uhr, Hybrides Treffen des Überbetrieblichen Solikomitees*
- FR, 26.11.2021, 19:00 Uhr, Hybrider ISO-Infoabend zu aktuellem Thema*

Vorschau:

- SA, 11.12. 2021, 17:00 Uhr, ISO-Jahresendfeier*

* [Jeweils mit strikter Beachtung der Gesundheitsschutzregeln.]